

Länderinformationsblatt der Staatendokumentation



Thailand

Gesamtaktualisierung am 12.8.2025

Aktualität überprüft am XX.XX.XXXX

letzte Kurzinformation eingefügt am XX.XX.XXXX

Das gegenständliche Produkt der Staatendokumentation des Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl wurde gemäß den vom Staatendokumentationsbeirat beschlossenen Standards und der Methodologie der Staatendokumentation erstellt.

Ein Länderinformationsblatt (LIB) der Staatendokumentation ist ein COI-Dokument, das beruhend auf den Bedürfnissen im Verfahren des Asyl- und Fremdenwesens (RD, EAST, ASt, BVwG) mittels Recherche von vorhandenen, vertrauenswürdigen und vorrangig öffentlichen Informationen gemäß den Standards der Staatendokumentation erstellt wird. Ein LIB gibt eine **einzelfallunabhängige Darstellung** über die Lage betreffend relevanter Tatsachen in Herkunftsländern bzw. in EU-Mitgliedsstaaten.

Die LIB dienen den Bedarfsträgern der Instanzen des Asyl- und Fremdenwesens. Für sie gilt § 5 Abs. 5 letzter Satz BFA-G, d.h. sie sind als solche nicht Teil der allgemein zugänglichen, öffentlichen Staatendokumentation. Sie werden aber durch Verwendung im Verfahren (Parteiengehör, Verwendung im Bescheid) der jeweiligen Partei zugänglich und durch Verwendung im Bescheid öffentlich gemacht.

Dieses Produkt ist als Arbeitsbehelf für österreichische Behörden und Gerichte entwickelt worden. In diesem Sinne stehen Lesbarkeit, flexible Nutzbarkeit und einfache Verwertbarkeit in Entscheidungen im Vordergrund. Grundsätzlich wird jede Information mit mindestens einer Quelle belegt; aus vorgenannten Gründen wird jedoch auf die Hervorhebung von Originalzitaten verzichtet – nicht zuletzt auch deshalb, weil sich daraus für die Entscheidungsfindung kein Mehrwert ergibt.

Das gegenständliche Produkt erhebt bezüglich der zur Verfügung gestellten Informationen keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Aus dem vorliegenden Produkt ergeben sich keine Schlussfolgerungen für die rechtliche Beurteilung eines konkreten Verfahrens. Das LIB stellt keine allgemeine oder individuelle Entscheidungsvorgabe dar. Das vorliegende Dokument kann insbesondere auch nicht als politische Stellungnahme seitens der Staatendokumentation oder des Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl gewertet werden.

Zugunsten der besseren Les- und Verwendbarkeit wird im vorliegenden Produkt auf eine genderneutrale Schreibweise verzichtet. So nicht explizit angemerkt, sind immer alle Geschlechter gemeint.

Qualitäts- und Aktualisierungshinweis

Das LIB beinhaltet Arbeitsübersetzungen fremdsprachiger Quellen. Auswahl, Verwertung und Verwendung von Informationen im vorliegenden Produkt unterliegen dem Qualitätsmanagement der Staatendokumentation.

Eine Aktualisierung des LIB erfolgt bei gegebenem Bedarf auf Anfrage. Die Aktualität der verwendeten Quellen wird seitens der Staatendokumentation überprüft. Daher können auch im LIB verwendete Quellen älteren Datums als inhaltlich aktuell erachtet werden.

Länderspezifische Anmerkungen

Inhaltsverzeichnis

1. Neueste Ereignisse – Integrierte Kurzinformationen.....	5
2. Politische Lage.....	6
3. Sicherheitslage.....	7
4. Rechtsschutz / Justizwesen.....	8
5. Sicherheitsbehörden.....	9
6. Folter und unmenschliche Behandlung.....	10
7. Korruption.....	11
8. NGOs und Menschenrechtsaktivisten.....	12
9. Wehrdienst und Rekrutierungen.....	13
10. Allgemeine Menschenrechtslage.....	13
11. Meinungs- und Pressefreiheit.....	14
12. Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, Opposition.....	16
12.1. Opposition.....	17
13. Haftbedingungen.....	18
14. Todesstrafe.....	19
15. Religionsfreiheit.....	19
16. Ethnische Minderheiten.....	20
17. Relevante Bevölkerungsgruppen.....	21
17.1. Frauen.....	21
17.2. Kinder.....	22
17.3. Homosexuelle/Sexuelle Minderheiten.....	24
18. Bewegungsfreiheit.....	25
19. IDPs und Flüchtlinge.....	26
20. Grundversorgung und Wirtschaft.....	27
21. Medizinische Versorgung.....	28
22. Rückkehr.....	29

1. Neueste Ereignisse – Integrierte Kurzinformationen

Keine aktuellen Kurzinformationen vorhanden.

2. Politische Lage

Thailand ist seit 1932 eine konstitutionelle Monarchie (CIA 12.6.2025). Das Staatsoberhaupt ist Maha Vajiralongkorn Phra Vajiraklaochaoyuhua (Rama X.), der am 1.12.2016 zum König von Thailand proklamiert wurde; Krönung und offizielle Thronbesteigung erfolgten vom 4.–6.5.2019 (AA 14.2.2025); Regierungschefin ist Paetongtarn Shinawatra, Premierministerin seit 16.8.2024 (AA 14.2.2025; vgl. FH 2025).

Nach monatelangen massiven Anti-Regierungs-Protesten in Bangkok setzte das Verfassungsgericht 2014 Yingluck [Anm: Mitglied der politischen Pheu Thai-Partei und seit 2011 erste weibliche Premierministerin Thailands] als Premierministerin ab, woraufhin die Armee unter der Führung von General Prayut Chan-o-cha einen Staatsstreich gegen die Übergangsregierung durchführte. Der militärnahe Nationale Rat für Frieden und Ordnung (NCPO) regierte das Land unter Prayut mehr als vier Jahre lang und entwarf eine neue Verfassung, die es dem Militär ermöglichte, den gesamten 250-köpfigen Senat zu ernennen und eine gemeinsame Sitzung von Repräsentantenhaus und Senat zur Wahl des Premierministers vorzuschreiben, wodurch das Militär faktisch ein Vetorecht bei der Wahl erhielt. König Bhumibol Adulyadej starb 2016 nach 70 Jahren auf dem Thron; sein einziger Sohn, Vajiralongkorn (alias König Rama X.), folgte ihm 2019 offiziell nach. Im selben Jahr ermöglichten lang verzögerte Wahlen Prayut die Fortsetzung seiner Amtszeit als Premierminister, obwohl die Ergebnisse umstritten waren und weithin als zugunsten der mit dem Militär verbündeten Partei verzerrt angesehen wurden. Im Jahr 2020 kam es erneut zu massiven Protesten gegen die Regierung. Die reformistische Move Forward Party gewann bei den Wahlen 2023 die meisten Sitze, konnte jedoch keine Regierung bilden, und Srettha Thavisin von der Pheu Thai Party löste Prayut als Premierminister ab, nachdem er eine Koalition aus moderaten und konservativen Parteien gebildet hatte (CIA 12.6.2025).

Nach fünf Jahren direkter Militärherrschaft ging Thailand 2019 zu einer vom Militär dominierten Regierung über. Proteste, die 2020 und 2021 weitere demokratische Reformen forderten, veranlassten die Behörden zu repressiven Maßnahmen wie willkürlichen Verhaftungen, Einschüchterungen, Anklagen wegen Majestätsbeleidigung und Schikanen. Die Wahlen von 2023 verliefen zwar vergleichsweise offen und kompetitiv, doch die führende Oppositionspartei Move Forward wurde vom durch das Militär eingesetzten Senat an der Regierungsbildung gehindert und anschließend vom Verfassungsgericht aufgelöst. Die zweitgrößte Oppositionsgruppe, die Pheu Thai Party (PTP), trat in eine Koalition mit mehreren militärnahen Parteien in die Regierung ein, doch ihr erster Premierminister wurde später vom selben Gericht wegen angeblicher Verstöße gegen die Ethikvorschriften seines Amtes enthoben, was die anhaltende Dominanz der nicht gewählten Institutionen des Landes signalisiert. Im August 2024 enthob das Verfassungsgericht

den damaligen Premierminister Srettha Thavisin von der PTP seines Amtes, weil er einen Kabinettsbeamten ernannt hatte, der wegen angeblicher Bestechung eines Richters inhaftiert worden war (FH 2025). Srettha wurde als Premierminister durch Paetongtarn Shinawatra ersetzt, die 37-jährige Tochter von Thaksin Shinawatra (FH 2025; vgl. AA 14.2.2025).

Quellen:

- AA - Auswärtiges Amt [Deutschland] (14.2.2025): Thailand - Steckbrief, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/service/laender/thailand-node/thailand-201556>, Zugriff 23.6.2025
- CIA - Central Intelligence Agency [USA] (12.6.2025): The World Factbook - Thailand, <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/thailand/#geography>, Zugriff 23.6.2025
- FH - Freedom House (2025): Freedom in the World 2025 - Thailand, <https://freedomhouse.org/country/thailand/freedom-world/2025>, Zugriff 23.6.2025

3. Sicherheitslage

Es kann in allen Landesteilen zu Demonstrationen und anderen Kundgebungen kommen. Gewaltsame Zusammenstöße zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften sind nicht auszuschließen (AA 29.7.2025; vgl. EDA 25.7.2025).

In Thailand können terroristische Anschläge nicht ausgeschlossen werden; es kann zu Sicherheitskontrollen und der Einrichtung von Straßen-Check-Points kommen (AA 29.7.2025).

In den Provinzen Narathiwat, Yala und Pattani sowie Teilen von Songkhla (Bezirke Chana, Na Thawi, Thepha und Saba Yoi) im Süden Thailands an der Grenze zu Malaysia kommt es regelmäßig zu Auseinandersetzungen zwischen Separatistengruppen und Sicherheitskräften sowie zu terroristischen Anschlägen. Dort gelten Notstandsgesetze (AA 29.7.2025; vgl. EDA 25.7.2025, BMEIA 25.7.2025) und es kommt zu Toten und Verletzten (BMEIA 25.7.2025). Gemäß der NGO DeepSouthWatch kam es in den Provinzen Narathiwat, Pattani, Yala und Songkhla von 2014 bis inkl. 2024 zu insgesamt 6.375 Vorfällen mit 2.318 Todesopfern und 4.057 Verletzten (DSW 2025).

Im Grenzgebiet zwischen Thailand und Kambodscha kam es in den thailändischen Provinzen Surin, Si Sa Ket, Ubon Ratchathani und Trat zu militärischen Gefechten mit Toten und Verletzten. In den Provinzen Surin, Si Sa Ket, Ubon Ratchathani, Chanthaburi und Trat wurde das Kriegsrecht verhängt. Eine erneute Eskalation sowie ein Wiederaufflammen der militärischen Auseinandersetzungen kann auch nach dem Inkrafttreten des Waffenstillstands am 29.7.2025 nicht ausgeschlossen werden. Die Grenzübergänge zwischen Thailand und Kambodscha sind bis auf Weiteres geschlossen (AA 29.7.2025). Am 7.8.2025 haben Thailand und Kambodscha eine detaillierte Waffenstillstandsvereinbarung beschlossen, um eine weitere Eskalation des Konflikts zu vermeiden (DS 7.8.2025).

Quellen:

- AA - Auswärtiges Amt [Deutschland] (29.7.2025): Thailand: Reise- und Sicherheitshinweise, https://www.auswaertiges-amt.de/de/service/laender/thailand-node/thailandsicherheit/201558#content_5, Zugriff 4.8.2025
- BMEIA - Bundesministerium für Europäische und internationale Angelegenheiten [Österreich] (25.7.2025): Reiseinformation Thailand, <https://www.bmeia.gv.at/reise-services/reiseinformation/land/thailand>, Zugriff 4.8.2025
- DS - Der Standard (7.8.2025): Thailand und Kambodscha einigen sich auf Ausweitung ihrer Waffenruhe, <https://www.derstandard.at/story/3000000282666/thailand-und-kambodscha-einigen-sich-auf-ausweitung-ihrer-waffenruhe>, Zugriff 4.8.2025
- DSW - DeepSouthWatch (2025): Deep South Incident Database, <https://deepsouthwatch.org/index.php/en>, Zugriff 4.8.2025
- EDA - Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten [Schweiz] (25.7.2025): Reisehinweise für Thailand, <https://www.eda.admin.ch/eda/de/home/vertretungen-und-reisehinweise/thailand/reisehinweise-fuerthailand.html>, Zugriff 5.8.2025

4. Rechtsschutz / Justizwesen

Die Verfassung sieht eine unabhängige Justiz vor (USDOS 23.4.2024; vgl. FH 2025). Während die Regierung die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der Justiz im Allgemeinen respektiert, gibt die Verfassung der Regierung die Befugnis, „unabhängig von den Auswirkungen auf die Legislative, Exekutive oder Judikative“ einzugreifen, um das Land vor Bedrohungen der nationalen Sicherheit zu schützen. Menschenrechtsgruppen äußern sich besorgt über die Nutzung des Justizsystems zur Bestrafung von Regierungskritikern (USDOS 23.4.2024). Gerichte sind in der Praxis politisiert und mischen sich regelmäßig in politische Angelegenheiten ein (FH 2025).

Das Verfassungsgericht verfügt über weitreichende Befugnisse, darunter die Möglichkeit, Parteien aufzulösen, gewählte Amtsträger abzusetzen und Gesetze zu blockieren. Ein Gesetz aus dem Jahr 2018 stellt Kritik am Verfassungsgericht mit „unhöflichen, sarkastischen oder drohenden Worten“ unter Strafe und schützt das Gremium damit noch stärker vor Rechenschaftspflicht. Das Gericht hat wiederholt gewählte Premierminister abgesetzt, zuletzt Srettha im August 2024, und reformorientierte Politiker und Parteien, die sich gegen das Majestätsbeleidigungsgesetz und die politische Dominanz nicht gewählter Institutionen stellen, rigoros unterdrückt. Im Jahr 2021 ordnete das Gericht an, dass Protestgruppen ihre Forderungen nach Reformen einstellen müssen, da diese Aktivitäten einen Angriff auf die Monarchie darstellten (FH 2025).

Die Behörden setzten die Unterdrückung friedlicher Demonstranten und Regierungskritiker fort (AI 29.4.2025).

Die Verfassung sieht das Recht auf ein faires und öffentliches Verfahren vor, und eine unabhängige Justiz setzt dieses Recht im Allgemeinen durch, außer in bestimmten Fällen der

nationalen Sicherheit und bei Fällen von Majestätsbeleidigung. Obwohl gesetzlich vorgeschrieben, stellen die Behörden mittellosen Angeklagten nicht immer einen Pflichtverteidiger zur Verfügung, und es gibt Vorwürfe, dass die Behörden den Angeklagten während des Verfahrens nicht alle ihre Rechte gewährt haben. Es gibt Berichte, wonach Angeklagten verboten wird, sich mit ihrem Anwalt zu treffen oder Familienangehörige oder andere Vertrauenspersonen zur Verhandlung zuzulassen. Berichten zufolge lehnen Staatsanwaltschaft, Polizei oder Gericht manchmal die Anträge der Angeklagten auf Beweisaufnahme ab (USDOS 23.4.2024).

Quellen:

- AI - Amnesty International (29.4.2025): The State of the World's Human Rights; Thailand 2024, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2124685.html>, Zugriff 30.6.2025
- FH - Freedom House (2025): Freedom in the World 2025 - Thailand, <https://freedomhouse.org/country/thailand/freedom-world/2025>, Zugriff 30.6.2025
- USDOS - U.S. Department of State [USA] (23.4.2024): 2023 Country Report on Human Rights Practices: Thailand, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2107649.html>, Zugriff 30.6.2025

5. Sicherheitsbehörden

Die Königliche Thailändische Polizei (RTP) und die Sonderermittlungsbehörde gehen aktiv gegen organisierte Verbrechersyndikate vor, doch aufgrund von Korruption, begrenzten Ressourcen und bürokratischer Ineffizienz sind die Festnahmequoten äußerst niedrig; die Strafverfolgungsquoten sind sogar noch niedriger. Die Königliche Thailändische Polizei und die Königlichen Thailändischen Streitkräfte teilen sich die Verantwortung für die Strafverfolgung und die Aufrechterhaltung der Ordnung im Land. Die Polizei untersteht dem Amt des Premierministers, die Streitkräfte dem Verteidigungsministerium. Die Grenzpolizei hat in den Grenzgebieten besondere Befugnisse und Zuständigkeiten zur Bekämpfung von Aufständischen. Die Behörden unternahmen einige Schritte, um Beamte zu untersuchen und zu bestrafen, die möglicherweise Menschenrechtsverletzungen begangen haben. Die Straffreiheit von Amtsträgern blieb jedoch weiterhin ein Problem. Die Polizei reagiert in größeren Städten in der Regel besser als in kleineren Städten und Provinzen. Finanzmangel, unzureichende Ausbildung und Korruption beeinträchtigen die Effizienz der Polizei und ihre Fähigkeit, strafrechtliche Ermittlungen durchzuführen. Hinzu kommen häufige Versetzungen, die verhindern, dass die Polizei mit der Effizienz und Professionalität arbeitet, die man von einer modernen Polizei erwartet (OSAC 14.3.2025).

Die Königliche Thailändische Polizei (RTP) ist die nationale Polizei Thailands. Sie ist nicht etwa im Innenministerium angesiedelt, sondern direkt dem Büro des Premierministers unterstellt. Die Personalstärke liegt nach offiziellen Angaben zwischen 210.700 und 230.000 Polizistinnen und Polizisten, was grob 17 % der Staatsdiener Thailands entspricht, ohne Berücksichtigung der Soldaten. Sie ist in zahlreiche Untereinheiten gegliedert und ähnlich wie das Militär strukturiert.

Aufgrund der Ähnlichkeit in Struktur, Kultur und Ausbildung wird die Polizei daher oft auch als vierte Teilstreitkraft bezeichnet (BICC 12.2024).

Quellen:

- BICC Informationsdienst (12.2024): Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte - Thailand, https://www.ruestungsexport.info/user/pages/04.laenderberichte/thailand/2024_Thailand.pdf, Zugriff 30.6.2025
- OSAC - Overseas Advisory Council (14.3.2025): Thailand Country Security Report, <https://www.osac.gov/Content/Report/33ef53fa-45cf-409c-8398-1c49361d4481>, Zugriff 30.6.2025

6. Folter und unmenschliche Behandlung

Thailand ist Vertragsstaat internationaler Übereinkommen gegen Folter und Verschwindenlassen von Personen. Allerdings wird das Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Folter und Verschwindenlassen, das 2022 in Kraft getreten ist, nur schwach durchgesetzt (HRW 16.1.2025). Dieses sogenannte Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Folter und Verschwindenlassen enthält Leitlinien zur Verhütung und Bestrafung dieser Tatbestände (USDOS 23.4.2024). Das UN Committee against Torture hat im November 2024 die Inkonsistenz von Bestimmungen dieses Gesetzes mit internationalen Standards kritisiert (AI 29.4.2025).

In der Verfassung heißt es: "Folter, brutale Handlungen oder Bestrafung durch grausame oder unmenschliche Mittel sind nicht zulässig." Dennoch gewährt ein Notstandsdekret, das seit 2005 in den südlichsten Provinzen in Kraft ist, Sicherheitsbeamten Straffreiheit für Handlungen, die sie in Ausübung ihrer Pflichten begehen. Das Dekret wurde in elf Bezirken in den südlichsten Provinzen aufgehoben, bleibt jedoch in 22 Bezirken in den Provinzen Yala, Narithiwat und Pattani in Kraft (USDOS 23.4.2024).

Zahlreiche Vorwürfe, wonach Polizei- und Militärangehörige während der Aufstandsbekämpfungsmaßnahmen der Regierung in den südlichen Grenzprovinzen inhaftierte malaiische Muslime gefoltert haben sollen, sind nach wie vor ungeklärt. Es gibt auch glaubwürdige Berichte darüber, dass Folter als Form der Bestrafung von Wehrpflichtigen eingesetzt wird (HRW 16.1.2025).

Es gibt Berichte, wonach Polizisten Gefangene und Häftlinge misshandelt und erpresst haben, in der Regel ohne dafür zur Rechenschaft gezogen zu werden. Nur wenige Beschwerden wegen mutmaßlicher Polizeimisshandlungen führen zu einer Bestrafung der mutmaßlichen Täter, und es gibt zahlreiche Beispiele dafür, dass Ermittlungen wegen mutmaßlicher Misshandlungen durch Sicherheitskräfte jahrelang ohne Ergebnis blieben. Vertreter von NGOs und juristischen Personen berichten, dass Polizei- und Militärbeamte manchmal Verdächtige foltern und schlagen, um

Geständnisse zu erzwingen, und Zeitungen berichten über zahlreiche Fälle, in denen Bürger Polizei- und andere Sicherheitsbeamte der Brutalität beschuldigten (USDOS 23.4.2024). Polizei und Militär handeln oft ungestraft, wenn es um übermäßige Gewaltanwendung geht (FH 2025). Das UN Committee against Torture äußerte im November 2024 Bedenken hinsichtlich der übermäßigen Anwendung von Gewalt gegen friedliche Demonstranten sowie der physischen und digitalen Gewalt gegen Menschenrechtsverteidiger (AI 29.4.2024).

Quellen:

- AI - Amnesty International (29.4.2025): The State of the World's Human Rights; Thailand 2024, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2124685.html>, Zugriff 30.6.2025
- FH - Freedom House (2025): Freedom in the World 2025 - Thailand, <https://freedomhouse.org/country/thailand/freedom-world/2025>, Zugriff 30.6.2025
- HRW - Human Rights Watch (16.1.2025): World Report 2025 - Thailand, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2120123.html>, Zugriff 1.7.2025
- USDOS - U.S. Department of State [USA] (23.4.2024): 2023 Country Report on Human Rights Practices: Thailand, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2107649.html>, Zugriff 1.7.2025

7. Korruption

Das Gesetz sieht strafrechtliche Sanktionen für Korruption durch Beamte vor; die Regierung setzt das Gesetz jedoch im Allgemeinen nicht wirksam um. Im Laufe des Jahres 2023 gab es zahlreiche Berichte über Korruption in der Regierung (USDOS 23.4.2024).

Thailands Antikorruptionsgesetze werden nur unzureichend durchgesetzt, und Bestechungsgelder und Geschenke sind in der Wirtschaft, bei den Strafverfolgungsbehörden und im Rechtssystem gang und gäbe. Die Nationale Antikorruptionskommission wird zunehmend dazu genutzt, politisch motivierte Verfahren einzuleiten, darunter Ermittlungen gegen oppositionelle Abgeordnete wegen ihrer Unterstützung für eine Reform des Majestätsbeleidigungsgesetzes (FH 2025).

Trotz Reformanstrengungen bleibt Korruption ein weitverbreitetes Problem. Aufgrund von Verwicklungen in Korruption und illegale Geschäfte genießen die thailändischen Sicherheitskräfte allerdings einen durchaus zweifelhaften Ruf (BICC 12.2024). Kleinkorruption und Bestechlichkeit sind bei der Polizei weit verbreitet (USDOS 23.4.2024). Bemühungen der thailändischen Regierung, Korruption, Menschenhandel und jeglichen Schmuggel unter Kontrolle zu bringen, werden unter anderem dadurch behindert, dass Mitglieder der Sicherheitskräfte am Menschenhandel beteiligt sind bzw. gegen Annahme von Bestechungsgeldern beim Schmuggel behilflich sind (BICC 12.2024).

Quellen:

- BICC Informationsdienst (12.2024): Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte - Thailand,

https://www.ruestungsexport.info/user/pages/04.laenderberichte/thailand/2024_Thailand.pdf,

Zugriff 1.7.2025

- FH - Freedom House (2025): Freedom in the World 2025 - Thailand, <https://freedomhouse.org/country/thailand/freedom-world/2025>, Zugriff 1.7.2025
- USDOS - U.S. Department of State [USA] (23.4.2024): 2023 Country Report on Human Rights Practices: Thailand, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2107649.html>, Zugriff 1.7.2025

8. NGOs und Menschenrechtsaktivisten

Eine Vielzahl von nationalen und internationalen Menschenrechtsgruppen arbeitet im Allgemeinen ohne Einschränkungen durch die Regierung, um die Menschenrechtslage oder einzelne Fälle zu beobachten oder zu untersuchen und deren Ergebnisse zu veröffentlichen. Regierungsbeamte zeigen sich gegenüber den Ansichten dieser Gruppen einigermaßen kooperativ und aufgeschlossen. NGOs, die sich mit sensiblen politischen Themen wie politischen Reformen oder dem Widerstand gegen von der Regierung geförderte Entwicklungsprojekte befassen, werden regelmäßig schikaniert (USDOS 23.4.2024).

Thailand verfügt über eine lebendige Zivilgesellschaft, doch Gruppen, die sich für die Verteidigung der Menschenrechte und der Meinungsfreiheit oder für die Förderung von Pressefreiheit und Demokratie einsetzen, sehen sich weiterhin rechtlichen und regulatorischen Beschränkungen, Überwachung, Steuer- oder Geldwäscheermittlungen sowie strafrechtlichen Verfolgungen ausgesetzt, unter anderem aufgrund von Gesetzen gegen Aufruhr und Majestätsbeleidigung. Sie können auch mit extralegalen Schikanen oder Cyberangriffen konfrontiert werden. NGOs mit republikanischen Ansichten, wie die Organisation für die Thailändische Föderation, sind weiterhin verboten. Land- und Umweltaktivisten sind ernsthafter und sogar tödlicher Gewalt ausgesetzt; die Umweltrechts-NGO Global Witness hat Thailand als eines der gefährlichsten Länder Asiens für solche Aktivisten bezeichnet. Die Täter dieser Angriffe genießen in der Regel Straffreiheit (FH 2025).

Im Oktober 2024 legte die Regierung einen Gesetzentwurf vor, der NGOs strenge Registrierungs- und Meldepflichten auferlegen würde. Außerdem würde er den Behörden erlauben, Organisationen aufgrund vager staatlicher Interessen wie „öffentlicher Moral“ aufzulösen. Der Gesetzentwurf war bis zum Jahresende noch nicht verabschiedet worden (FH 2025). [Anm.: Auch mit Stand Juli 2025 ist das Gesetz noch nicht in Kraft getreten.]

Quellen:

- FH - Freedom House (2025): Freedom in the World 2025 - Thailand, <https://freedomhouse.org/country/thailand/freedom-world/2025>, Zugriff 1.7.2025
- USDOS - U.S. Department of State [USA] (23.4.2024): 2023 Country Report on Human Rights Practices: Thailand, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2107649.html>, Zugriff 1.7.2025

9. Wehrdienst und Rekrutierungen

Die thailändische Armee (RTARF) besteht mit Stand 2021 aus folgenden Teilstreitkräften: die Königliche Thailändische Armee (RTA), die Königliche Thailändische Marine (RTN, einschließlich des Königlichen Marine-Korps) und die Königliche Thailändische Luftwaffe (RTAF). Alle Männer ab dem vollendeten 21. Lebensjahr sind wehrpflichtig. Ab dem vollendeten 18. Lebensjahr kann man im Thailand den freiwilligen Militärdienst ableisten. Alle Männer im Alter von achtzehn Jahren werden registriert. Die Dauer der Wehrpflicht beläuft sich auf zwei Jahre, der freiwillige Wehrdienst kann je nach Bildungsabschluss auch nur sechs oder zwölf Monate betragen (CIA 12.6.2025).

In Thailand findet jedes Jahr Anfang April eine Wehrdienst-Lotterie statt. Tausende junge Männer im wehrfähigen Alter nehmen daran teil, es ist Pflicht. Wer im Rekrutierungszentrum eine schwarze Karte zieht, ist vom Militärdienst befreit. Wer hingegen eine rote Karte zieht, muss für zwei Jahre in der Armee dienen (Der Westen 17.4.2025).

Quellen:

- CIA - Central Intelligence Agency [USA] (12.6.2025): The World Factbook - Thailand, <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/thailand/#geography>, Zugriff 4.7.2025
- Der Westen (17.4.2025): Wehrdienst: Irres Lossystem als Vorbild für Deutschland?, <https://www.derwesten.de/politik/wehrdienst-bundeswehr-thailand-lotterie-id301535818.html>, Zugriff 4.7.2025

10. Allgemeine Menschenrechtslage

Thailand hat als erstes Land Südostasiens die IstGh-Konvention unterzeichnet, jedoch bis heute noch nicht ratifiziert. Interessanterweise hat das Land die Völkermord-Konvention von 1948 ebenso nicht unterschrieben. Das Land ist in letzten Jahren jedoch einigen wichtigen internationalen Verträgen im Bereich der Menschenrechte beigetreten (BICC 12.2024).

Im Jahr 2024 untergruben Urteile des Verfassungsgerichts, die die reformorientierte Move Forward Party (MFP) auflösten (HRW 16.1.2025; vgl. AI 29.4.2025) und Premierminister Srettha Thavisin des Amtes enthoben, die „schwankenden“ Bemühungen Thailands um die Wiederherstellung der Demokratie nach vielen Jahren der Militärherrschaft. Die neue Regierung von Premierminister Paetongtarn Shinawatra hat wenig getan, um die Achtung der Grundfreiheiten zu verbessern und die noch bestehenden Menschenrechtsprobleme zu lösen (HRW 16.1.2025).

Die Behörden gehen weiter hart gegen die Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit vor. Friedliche Demonstranten und Regierungskritiker werden strafrechtlich verfolgt. Frauen und LGBTI-Menschenrechtsverteidiger werden gezielt überwacht und auch Opfer geschlechtsspezifischer Gewalt, auch mithilfe technologischer Mittel. Die Straflosigkeit wurde

durch den Ablauf der Verjährungsfrist in dem symbolträchtigen Fall rechtswidriger Tötungen im Jahr 2004 im Distrikt Tak Bai weiter verfestigt (AI 29.4.2025).

Zu den wichtigsten Menschenrechtsproblemen gehören laut glaubwürdiger Berichte: willkürliche Verhaftungen und Inhaftierungen; politische Einflussnahme auf die Justiz; politische Gefangene; willkürliche und rechtswidrige Eingriffe in die Privatsphäre; schwerwiegende Einschränkungen der Meinungs- und Medienfreiheit, einschließlich Verhaftungen und strafrechtliche Verfolgung von Regierungskritikern, Zensur und Anwendung von Gesetzen gegen Majestätsbeleidigung und strafbare Verleumdung; schwerwiegende Einschränkungen der Internetfreiheit; schwerwiegende Korruption in der Regierung; Schikanen gegen inländische Menschenrechtsorganisationen; weit verbreitete geschlechtsspezifische Gewalt, einschließlich häuslicher Gewalt oder Gewalt durch Intimpartner und sexuelle Gewalt; Gewaltverbrechen oder Gewaltandrohungen gegen lesbische, schwule, bisexuelle, transgender, queere oder intersexuelle Personen sowie erhebliche Einschränkungen der Vereinigungsfreiheit von Arbeitnehmern (USDOS 23.4.2024).

Quellen:

- AI - Amnesty International (29.4.2025): The State of the World's Human Rights; Thailand 2024, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2124685.html>, Zugriff 4.7.2025
- BICC Informationsdienst (12.2024): Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte - Thailand, https://www.ruestungsexport.info/user/pages/04.laenderberichte/thailand/2024_Thailand.pdf, Zugriff 7.7.2025
- HRW - Human Rights Watch (16.1.2025): World Report 2025 - Thailand, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2120123.html>, Zugriff 30.6.2025
- USDOS - U.S. Department of State [USA] (23.4.2024): 2023 Country Report on Human Rights Practices: Thailand, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2107649.html>, Zugriff 8.7.2025

11. Meinungs- und Pressefreiheit

Die Verfassung sieht das Recht auf freie Meinungsäußerung vor, auch für Mitglieder der Presse und anderer Medien. Dieses Recht wurde jedoch durch Gesetze und Regierungsmaßnahmen eingeschränkt. So schränkte die Regierung beispielsweise Kritik an Regierung und Monarchie gesetzlich ein, begünstigte regierungsnahe Medienorganisationen bei Regulierungsmaßnahmen, schikanierte regierungskritische Medien, überwachte Medien und das Internet und blockierte Websites (USDOS 23.4.2024).

Das Verbot der Majestätsbeleidigung macht es zu einem Verbrechen, das mit einer Geldstrafe oder drei bis 15 Jahren Haft für jeden Verstoß geahndet wird, den König, die Königin, den Thronfolger oder den Regenten zu kritisieren, zu beleidigen oder zu bedrohen. Das Gesetz ermöglicht es den Bürgern, wegen Majestätsbeleidigung Beschwerde einzureichen (USDOS 23.4.2024).

Die Äußerung von kritischen und abweichenden Meinungen ist in Thailand nach wie vor eingeschränkt (HRW; vgl. FH 2025, USDOS 23.4.2024). Für vermeintliche Kritiker der Regierung, des Militärs oder der Monarchie besteht nach wie vor ein hohes Risiko der Überwachung, Verhaftung, Inhaftierung, Schikanie und körperlicher Angriffe. Etwa 140 vom NCPO-Regime erlassene Gesetze blieben nach der Machtübergabe an eine Zivilregierung in Kraft, darunter auch Maßnahmen, die die Meinungsfreiheit einschränken (FH 2025).

Die thailändischen Behörden haben Kritiker der Monarchie oft monatelang ohne Kautionshaftung, um sie vor Gericht zu stellen. Kritische oder beleidigende Äußerungen über die Monarchie sind auch nach dem Gesetz über Computerkriminalität [Anm.: CCA – Computer Crime Act] eine schwere Straftat (HRW 16.1.2025; vgl. FH 2025). Hunderte von Menschen wurden in den letzten Jahren wegen Straftaten im Zusammenhang mit Meinungsäußerung angeklagt, darunter Lèse-majesté (Majestätsbeleidigung), Aufruhr und Verstöße gegen das CCA, und viele von ihnen werden mehrfach strafrechtlich verfolgt. Das CCA gibt den Behörden weitreichende Befugnisse zur Einschränkung der Meinungsäußerung im Internet, zur Verhängung von Zensur und zur Durchführung von Überwachungsmaßnahmen und ermöglicht die Durchsetzung von Bestimmungen zum Verbot der Majestätsbeleidigung im Internet (FH 2025).

Die Regierung besitzt alle Rundfunkfrequenzen und verpachtet sie an private Medienbetreiber, wodurch die Regierung indirekt Einfluss auf die Medien nehmen kann. Die Nationale Rundfunk- und Telekommunikationskommission ist gesetzlich befugt, die Lizenzen von Rundfunk- und Fernsehanstalten auszusetzen oder zu entziehen, die Inhalte ausstrahlen, die als falsch, verleumderisch für die Monarchie, schädlich für die nationale Sicherheit oder als regierungskritisch angesehen werden. Die Behörden überwachen den Inhalt aller Medien, einschließlich der internationalen Medien. Die örtliche Praxis tendiert zur Selbstzensur, insbesondere bei allem, was als kritisch gegenüber der Monarchie oder Mitgliedern der königlichen Familie angesehen werden kann (USDOS 23.4.2024).

Das Notstandsdekret für die südlichsten Provinzen ermächtigt die Regierung, "die Veröffentlichung und Verbreitung von Nachrichten und Informationen zu verbieten, die die Bevölkerung in Panik versetzen oder Informationen verfälschen könnten". Außerdem wird die Regierung ermächtigt, Nachrichten zu zensieren, die sie als Bedrohung für die nationale Sicherheit ansieht (USDOS 23.4.2024).

Quellen:

- FH - Freedom House (2025): Freedom in the World 2025 - Thailand, <https://freedomhouse.org/country/thailand/freedom-world/2025>, Zugriff 24.6.2025

- HRW - Human Rights Watch (16.1.2025): World Report 2025 - Thailand, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2120123.html>, Zugriff 4.7.2025
- USDOS - U.S. Department of State [USA] (23.4.2024): 2023 Country Report on Human Rights Practices: Thailand, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2107649.html>, Zugriff 23.6.2025

12. Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, Opposition

Die Verfassung gewährt die Freiheit, sich friedlich zu versammeln, vorbehaltlich der Einschränkungen, die zum „Schutz des öffentlichen Interesses, der Ruhe und Ordnung oder der guten Sitten oder zum Schutz der Rechte und Freiheiten anderer“ erlassen werden. Die Regierung respektiert dieses Recht nicht immer (USDOS 23.4.2024). Die Versammlungsfreiheit ist eingeschränkt, insbesondere bei Versammlungen zu politisch sensiblen Themen. Bei pro-demokratischen Straßendemonstrationen, die in den Jahren 2020 und 2021 häufig stattfanden, gingen die Behörden mit erheblicher Gewalt, einschließlich scharfer Munition, gegen die Demonstranten vor; sie duldeten Gewalt gegen Demonstranten durch Sympathisanten der Regierung und setzten Gesetze zur Unterdrückung von Meinungsverschiedenheiten ein. Die Demonstrationen gingen im Laufe des Jahres 2022 zurück - eine Kombination aus der Kriminalisierung von Aktivismus, der Inhaftierung von wichtigen Anführern, öffentlicher Ermüdung und Brüchen innerhalb der Protestbewegung. Auch im Jahr 2024 wurden zahlreiche Protestierende strafrechtlich verfolgt (FH 2025).

Auch Amnesty International (AI) stellt fest, dass die Behörden weiter hart gegen friedliche Demonstranten und Regierungskritiker vorgehen. Die Verfahren gegen Personen, die im Zusammenhang mit den überwiegend friedlichen Demokratieprotesten zwischen 2020 und 2023 angeklagt waren, wurden fortgesetzt. Mindestens 22 Personen wurden im Laufe des Jahres 2024 wegen ihres politischen Online- und Offline-Aktivismus neu angeklagt. Die Verfahren gegen 1.256 Personen liefen zum Jahresende 2024 noch. Die meisten wurden wegen Majestätsbeleidigung (Verleumdung, Beleidigung oder Bedrohung des Monarchen), Aufwiegelung nach dem Strafgesetzbuch, Bestimmungen des Gesetzes über Computerkriminalität und einer Notverordnung angeklagt, die öffentliche Versammlungen während der Covid-19-Pandemie verbietet (die Ende 2022 aufgehoben wurde) (AI 29.4.2025).

Die Verfassung gewährt dem Einzelnen das Recht, frei Vereinigungen mit anderen zu bilden, vorbehaltlich der Einschränkungen durch Gesetze, die zum „Schutz des öffentlichen Interesses, der öffentlichen Ruhe und Ordnung oder der guten Sitten“ erlassen werden (USDOS 23.4.2024).

Quellen:

- AI - Amnesty International (29.4.2025): The State of the World's Human Rights; Thailand 2024, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2124685.html>, Zugriff 14.7.2025
- FH - Freedom House (2025): Freedom in the World 2025 - Thailand, <https://freedomhouse.org/country/thailand/freedom-world/2025>, Zugriff 8.7.2025

- USDOS - U.S. Department of State [USA] (23.4.2024): 2023 Country Report on Human Rights Practices: Thailand, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2107649.html>, Zugriff 7.7.2025

12.1. Opposition

Zwar können sich politische Parteien gründen und an Wahlen teilnehmen, doch haben die Gerichte wiederholt verschiedene Rechtsgrundlagen herangezogen, um erfolgreiche Parteien zu schwächen und aufzulösen, die die Vorherrschaft nicht gewählter Institutionen zu gefährden schienen (FH 2025).

Nach dem Erfolg der progressiven Reformpartei Future Forward Party (FFP) bei den Wahlen 2019 wurde der Parteivorsitzende Thanathorn Juangroongruangkit strafrechtlich belangt und vom Verfassungsgericht daran gehindert, seinen Sitz in der Legislative einzunehmen, weil er Anteile an einem Medienunternehmen gehalten hatte, als er sich um ein Mandat in der Legislative bewarb. Die FFP selbst wurde Anfang 2020 aufgelöst, nachdem das Verfassungsgericht entschieden hatte, dass ein Darlehen, das sie von Thanathorn erhalten hatte, eine illegale Spende darstellte. Im Jahr 2023 sah sich die Nachfolgepartei der FFP, die MFP, ebenfalls behördlichen Schikanen, rechtlichen Hindernissen und anderen Beeinträchtigungen ausgesetzt. Im August 2024 wurde die MFP vom Verfassungsgericht aufgelöst, weil sie angeblich das Regierungssystem des Landes unterminiert hatte, indem sie eine Reform des Gesetzes über Majestätsbeleidigung forderte. Die Mitglieder des Parteivorstands, darunter Pita Limjaroenrat, wurden für zehn Jahre aus der Politik ausgeschlossen. Die verbliebenen Abgeordneten der MFP formierten sich rasch zur Volkspartei (FH 2025).

Oppositionsparteien und demokratische Machtwechsel wurden in der Vergangenheit durch Interventionen des Militärs, der Gerichte und anderer nicht gewählter Gremien behindert. Bei den Wahlen im Jahr 2023 übertrafen die pro-demokratischen Oppositionsparteien MFP und PTP die mit der amtierenden Regierung verbundenen Parteien dramatisch und gewannen zusammen 292 von 500 Sitzen im Repräsentantenhaus. Sie schlossen sich mit kleineren Parteien zusammen, um eine starke Mehrheitskoalition in der unteren Kammer zu bilden, aber die MFP wurde durch den ernannten Senat und parallele Rechtsverfahren vor dem Verfassungsgericht effektiv an der Teilnahme an der Regierung gehindert. Der PTP gelang es, eine neue Koalition zu bilden, indem sie ihren Kurs änderte und Vereinbarungen mit konservativen und militärisch orientierten Parteien traf, und ihr Kandidat, Srettha Thavisin, wurde Premierminister (FH 2025).

Nicht gewählte Institutionen haben im Laufe des Jahres 2024 ihre Autorität auf verschiedene Weise wiederhergestellt, indem sie sowohl gegen die MFP als auch gegen die PTP vorgegangen sind und deren jüngste Wahlerfolge untergraben haben. Kurz nach der Auflösung der MFP im August setzte das Verfassungsgericht auch Srettha als Premierminister ab, weil er angeblich im

Zusammenhang mit einer seiner Kabinettsnennungen gegen ethische Grundsätze verstoßen hatte (FH 2025; vgl. AI 29.4.2025). Unabhängig davon führte das komplizierte Auswahlverfahren für den Senat in diesem Jahr zu einem neuen Oberhaus, das von Mitgliedern der konservativen und königstreuen Bhumjaithai-Partei dominiert wird, die nur 14 % der Sitze im vom Volk gewählten Unterhaus gewonnen hatte (FH 2025).

Quellen:

- AI - Amnesty International (29.4.2025): The State of the World's Human Rights; Thailand 2024, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2124685.html>, Zugriff 7.7.2025
- FH - Freedom House (2025): Freedom in the World 2025 - Thailand, <https://freedomhouse.org/country/thailand/freedom-world/2025>, Zugriff 8.7.2025

13. Haftbedingungen

Die Bedingungen in den Gefängnissen und verschiedenen Haftanstalten, einschließlich in den Rehabilitationszentren für Drogenabhängige und Einwanderungshaftzentren (IDCs) sind schlecht (USDOS 23.4.2024) bzw. hart (AA 3.7.2025; vgl. EDA 3.7.2025) und von Überbelegung geprägt. Im November 2023 hielten die Behörden mehr als 275.000 Personen in Gefängnissen und Haftenrichtungen mit einer maximalen Kapazität von etwa 220.000 Personen fest. Beobachter berichten über unzureichende medizinische Versorgung in zahlreichen Gefängnissen (USDOS 23.4.2024).

Die Bedingungen in den IDCs unterliegen nicht vielen der Vorschriften, die für das reguläre Gefängnisssystem gelten. NGOs, internationale Organisationen und Häftlinge in einigen IDCs berichten, dass die Häftlinge in überfüllten, unhygienischen Zellen ohne Zugang zu körperlicher Betätigung, angemessener medizinischer Behandlung oder Halal-Essen für muslimische Häftlinge eingesperrt sind (USDOS 23.4.2024).

Die Behörden gestatten es den Gefangenen oder ihren Vertretern, Beschwerden bei den Ombudsmännern einzureichen, nicht aber direkt bei den Justizbehörden. Während staatliche Stellen Berichten zufolge Vorwürfe über Misshandlungen in der Untersuchungshaft untersuchen, geben NGOs an, dass die Behörden Beschwerden über Misshandlungen in Gefängnissen und Untersuchungshaftanstalten fast nie nachgehen (USDOS 23.4.2024).

Die Regierung erleichtert die Überwachung der Gefängnisse durch die Nationale Menschenrechtskommission Thailands, einschließlich Treffen mit Gefangenen in Abwesenheit Dritter und wiederholter Besuche. Nach Angaben von Menschenrechtsgruppen findet keine externe oder internationale Inspektion des Gefängnisystems statt (USDOS 23.4.2024).

Quellen:

- AA - Auswärtiges Amt [Deutschland] (3.7.2025): Thailand: Reise- und Sicherheitshinweise, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/service/laender/thailand-node/thailandsicherheit/201558>, Zugriff 8.7.2025
- EDA - Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten [Schweiz] (18.7.2025): Reisehinweise für Thailand, <https://www.eda.admin.ch/eda/de/home/vertretungen-und-reisehinweise/thailand/reisehinweise-fuerthailand.html>, Zugriff 8.7.2025
- USDOS - U.S. Department of State [USA] (23.4.2024): 2023 Country Report on Human Rights Practices: Thailand, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2107649.html>, Zugriff 23.6.2025

14. Todesstrafe

Thailand hat sein de-facto-Moratorium gegen die Todesstrafe mit einer Hinrichtung im Juni 2018 beendet (AA 3.7.2025; vgl. Bundestag 18.8.2021). Derzeit kann für 65 Delikte, darunter Mord, Entführung, Umsturz und Gefährdung der Staatssicherheit die Todesstrafe verhängt werden (Bundestag 18.8.2021). Etwa 15 Delikte mit möglicher Verhängung der Todesstrafe fallen unter das Militärrecht und betreffen Straftaten, die vom Militär begangen werden, wie z. B. Kollaboration mit dem Feind. Weitere 15 Straftaten fallen unter verschiedene andere Gesetze, z. B. das Gesetz zur Bekämpfung der Prostitution oder das Gesetz zur Bekämpfung des Menschenhandels; auch Straftaten im Zusammenhang mit illegalem Waffenbesitz, weiters Flugzeugentführungen und Drogendelikte können mit der Todesstrafe geahndet werden (BP 22.4.2021). Im Zuge von Amnestien 2019 und 2020 hat König Rama X. viele Verurteilungen zur Todesstrafe in lebenslängliche Freiheitsstrafen umgewandelt (Bundestag 18.8.2021).

Quellen:

- AA - Auswärtiges Amt [Deutschland] (3.7.2025): Thailand: Reise- und Sicherheitshinweise, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/service/laender/thailand-node/thailandsicherheit/201558>, Zugriff 11.7.2025
- BP - Bangkok Post (22.4.2021): Slowly moving away from the death penalty, <https://www.bangkokpost.com/opinion/opinion/2103711/slowly-moving-away-from-the-deathpenalty>, Zugriff 11.7.2025
- Deutscher Bundestag [Deutschland] (18.8.2021): Anwendung der Todesstrafe in Thailand, <https://www.bundestag.de/presse/hib/855250-855250>, Zugriff 11.7.2025

15. Religionsfreiheit

Die überwiegende Mehrheit der Thailänder ist buddhistisch, und der König gilt als Beschützer des Buddhismus in Thailand. Äußerungen, die als beleidigend für den Buddhismus angesehen werden, sind gesetzlich verboten. Vor dem Hintergrund langjähriger Auseinandersetzungen im Süden, in dem sich malaiische Muslime und thailändische Buddhisten gegenüberstehen, wird die Ausübung der Religion durch die lokale Bevölkerung weiterhin durch Durchsuchungen, Razzien, Angriffe auf Gotteshäuser und Gewalt aufgrund der religiösen Identität beeinträchtigt. Muslimische und andere religiöse Minderheiten sind jedoch gesetzlich anerkannt, und die Religionsfreiheit wird im größten Teil des Landes im Allgemeinen respektiert (FH 2025).

Die Verfassung „verbietet Diskriminierung aufgrund religiöser Überzeugungen“ und schützt die Religionsfreiheit, solange deren Ausübung nicht „der Sicherheit des Staates schadet“. Das Gesetz erkennt offiziell fünf Religionsgemeinschaften an: Buddhisten, Muslime, Brahmanen-Hindus, Sikhs und Christen. Das Justizministerium erlaubt die Anwendung der Scharia als separates Rechtsverfahren außerhalb des nationalen Zivilgesetzbuches für muslimische Einwohner des „tiefen Südens“ – beschrieben als die vier südlichsten Provinzen nahe der malaysischen Grenze, darunter drei mit einer malaiisch-muslimischen Mehrheit – für das Familienrecht, einschließlich des Erbrechts. Ausländische Missionare, darunter Christen, Muslime, Hindus und Sikhs, dürfen sich im Land registrieren lassen und tätig sein, wobei sie einer vom Ministerium für Kultur festgelegten Quote für verschiedene Religionsgemeinschaften unterliegen (USDOS 26.6.2024).

Die Behörden wenden in den südlichsten Provinzen weiterhin Notstandsverordnungen und Kriegsrechtsbestimmungen an, die dem Militär, der Polizei und den zivilen Behörden Befugnisse zur Einschränkung bestimmter Grundrechte einräumen, darunter die Verlängerung der Untersuchungshaft und die Ausweitung von Durchsuchungen ohne Durchsuchungsbefehl. Die Behörden haben bestimmte Befugnisse im Bereich der inneren Sicherheit an die Streitkräfte übertragen. Die muslimische Gemeinschaft in den südlichsten Provinzen äußert weiterhin ihre Frustration über die ihrer Meinung nach diskriminierende Behandlung durch die Sicherheitskräfte und über ein Justizsystem, das ihrer Ansicht nach keine ausreichenden Kontrollmechanismen aufweist (USDOS 26.6.2024). Die malaiischen Muslime im Süden Thailands sind nach wie vor politisch marginalisiert (FH 2025).

Quellen:

- FH - Freedom House (2025): Freedom in the World 2025 - Thailand, <https://freedomhouse.org/country/thailand/freedom-world/2025>, Zugriff 24.6.2025
- USDOS - U.S. Department of State (26.6.2024): 2023 Report on International Religious Freedom: Thailand, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2111971.html>, Zugriff 7.7.2025

16. Ethnische Minderheiten

Von den ca. 70 Millionen Einwohnern sind der größte Teil ethnische Thais (97,5 %), Burmesen (1,3 %) und andere (1,1 %) (CIA 12.6.2025). Die Minorities Rights Group weist ebenfalls darauf hin, dass die Thai-Ethnie über 95 % der Bevölkerung ausmacht, sich diese aber durchaus in Untergruppen aufgliedert, die sich zum Teil wesentlich z.B. in der Sprache unterscheiden können. Die malaiischen Muslime aus den südlichen Provinzen Pattani, Yala, Narathiwat und vier Bezirken von Songkhla sind mit geschätzten 1,5 Millionen Menschen die größte offizielle Minderheitengruppe. Die mangelnde politische Teilhabe und der Druck zur kulturellen Assimilation haben zur Entstehung einer separatistischen Bewegung beigetragen.

Zu den kleineren ethnischen Gruppen, die in den Bergen leben, gehören die Akha, Hmong, Karen, Lahu, Lisu und Mein. Diese indigenen Völker (ca. 923.000 Personen) kämpfen angesichts von Entwicklungsprojekten, Landbesitzfragen und dem Zuzug ethnischer Thailänder um ihr wirtschaftliches und kulturelles Überleben, was zur Aushöhlung ihrer Rechte auf ihr traditionelles Land und ihre Lebensgrundlagen beiträgt (MRG o.D.).

Die Verfassung legt fest, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind, einschließlich des Rechts auf gleichen Schutz. Die Regierung setzt diese Bestimmungen nicht wirksam durch. Im Laufe des Jahres 2023 gab es Berichte über Gewalt und Diskriminierung gegenüber Angehörigen ethnischer Minderheiten (USDOS 23.4.2024).

Obwohl die Verfassung Bestimmungen zum Schutz der traditionellen Kultur und Lebensweise der indigenen Völker enthält, unterliegen staatenlose Mitglieder (etwa 50 %) der Bergstämme gesetzlich Einschränkungen ihrer Bewegungsfreiheit, sie dürfen kein Land besitzen, haben Schwierigkeiten beim Zugang zu Bankkrediten und sind bei der Beschäftigung Diskriminierungen ausgesetzt. Zu den Beschränkungen für staatenlose indigene Personen gehört die Auflage, dass diejenigen, die nicht registriert sind, jedes Mal, wenn sie reisen wollen, die Genehmigung des Innenministeriums einholen müssen, um ihr zugewiesenes „Kontrollgebiet“ zu verlassen. Obwohl das Arbeitsrecht ihnen das Recht auf Gleichbehandlung als Arbeitnehmer einräumt, missachten Arbeitgeber diese Rechte häufig, indem sie ihnen weniger als ihren Kollegen mit Staatsbürgerschaft und weniger als den Mindestlohn zahlen. Das Gesetz schließt sie außerdem von staatlichen Sozialleistungen aus (USDOS 23.4.2024; vgl. FH 2025).

Quellen:

- CIA - Central Intelligence Agency [USA] (12.6.2025): The World Factbook - Thailand, <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/thailand/#geography>, Zugriff 11.7.2025
- MRG - Minority Rights Group (o.D.): World Directory of Minorities and Indigenous Peoples - Thailand, <https://minorityrights.org/country/thailand/>, Zugriff 1.7.2025
- USDOS - U.S. Department of State (23.4.2024): 2023 Country Report on Human Rights Practices: Thailand, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2107649.html>, Zugriff 7.7.2025

17. Relevante Bevölkerungsgruppen

17.1. Frauen

Die Verfassung sieht vor, dass „Männer und Frauen gleiche Rechte und Freiheiten genießen. Ungerechte Diskriminierung einer Person aufgrund ihres Geschlechts [...] ist nicht zulässig.“ Nichtregierungsorganisationen berichten, dass Diskriminierung von Frauen weit verbreitet ist (USDOS 23.4.2024). Frauen sind in Thailand mit verschiedenen Benachteiligungen durch das Gesetz und gesellschaftliche Praktiken konfrontiert (FH 2025). Frauen sind Diskriminierung am Arbeitsplatz ausgesetzt (FH 2025; vgl. USDOS 23.4.2024), ein Problem, das durch die

Entscheidung der Royal Police Cadet Academy aus dem Jahr 2018, weibliche Kadetten zu verbieten, deutlich wurde (FH 2025).

Vergewaltigung von Frauen und Männern ist illegal, obwohl die Regierung das Gesetz nicht immer wirksam durchsetzt. Das Gesetz definiert Vergewaltigung eng als Handlungen, bei denen männliche Geschlechtsorgane verwendet werden, um Opfer körperlich zu verletzen, wodurch diejenigen, die auf andere Weise von Tätern angegriffen werden, keine Rechtsmittel haben. Das Gesetz erlaubt es den Behörden, Vergewaltigung in der Ehe strafrechtlich zu verfolgen, und es kam zu Strafverfolgungen. Das Gesetz sieht Strafen für Vergewaltigung oder sexuelle Nötigung vor, die von vier Jahren Haft bis zur Todesstrafe sowie Geldstrafen reichen. NGOs geben an, dass Vergewaltigung ein ernstes Problem ist und dass Opfer Vergewaltigungen und häusliche Übergriffe nur selten anzeigen, was zum Teil auf das mangelnde Verständnis der Behörden zurückzuführen ist. Dies wiederum behindert wirksame Untersuchungen von Gewalt gegen Frauen. Die Opfer empfinden die Polizei oft als unfähig, die Täter vor Gericht zu bringen (USDOS 23.4.2024).

Häusliche Gewalt gegen Frauen ist ein erhebliches Problem. Das Gesundheitsministerium betreibt in staatlichen Krankenhäusern Krisenzentren, um Opfern geschlechtsspezifischer Gewalt im ganzen Land Informationen und Dienstleistungen anzubieten. Laut einer NGO sind nicht alle Krisenzentren in Betrieb, und die Mitarbeiter der Notrufhotline sind oft nicht dafür ausgebildet, Opfern geschlechtsspezifischer Gewalt angemessen zu helfen (USDOS 23.4.2024).

Sexuelle Belästigung ist illegal, aber nach wie vor weit verbreitet. NGOs behaupteten, die rechtliche Definition von Belästigung ist vage und die Verfolgung von Belästigungsvorwürfen schwierig, was zu einer ineffektiven Durchsetzung des Gesetzes führt (USDOS 23.4.2024).

Quellen:

- FH - Freedom House (2025): Freedom in the World 2025 - Thailand, <https://freedomhouse.org/country/thailand/freedom-world/2025>, Zugriff 11.7.2025
- USDOS - U.S. Department of State (23.4.2024): 2023 Country Report on Human Rights Practices: Thailand, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2107649.html>, Zugriff 7.7.2025

17.2. Kinder

Das Gesetz sieht vor, dass jedes im Land geborene Kind unabhängig vom rechtlichen Status seiner Eltern eine offizielle Geburtsurkunde erhält. In abgelegenen Gebieten beantragen einige Eltern jedoch aufgrund administrativer Komplikationen und mangelnder Anerkennung der Bedeutung dieses Dokuments keine Geburtsurkunden für ihre Kinder. Im Falle von Angehörigen von Bergvölkern und anderen Staatenlosen berichten Nichtregierungsorganisationen, dass falsch informierte oder skrupellose lokale Beamte, Sprachbarrieren und eingeschränkte Mobilität die Registrierung von Geburten erschweren (USDOS 23.4.2024).

Am 30. Juni 2025 ist – vorbehaltlich einer möglichen Verlängerung durch einen künftigen Kabinettsbeschluss mit einer Gültigkeitsdauer von zunächst einem Jahr - eine neue Verordnung in Kraft getreten, wonach u.a. Personen, die in Thailand als Kinder staatenloser Eltern geboren wurden und deren personenbezogene Daten in offiziellen Bevölkerungserhebungen bis 1999 erfasst wurden, die thailändische Staatsbürgerschaft verliehen werden kann (Bangkok Post 30.6.2025).

Das gesetzliche Mindestalter für die Eheschließung beträgt für beide Geschlechter 17 Jahre; Personen unter 20 Jahren benötigen die Zustimmung der Eltern, um heiraten zu können. Ein Gericht kann Kindern unter 17 Jahren die Erlaubnis zur Eheschließung erteilen. Die Regierung setzt das Gesetz wirksam durch. In den südlichsten Provinzen mit muslimischer Mehrheit erlaubt das islamische Recht, das für Familienangelegenheiten und Erbschaftsfragen gilt, die Heirat von Mädchen nach ihrer ersten Menstruation mit Zustimmung der Eltern. Das gesetzliche Mindestalter für die Eheschließung liegt zwar bei 17 Jahren, aber eine Muslimin unter 17 Jahren kann mit einer schriftlichen gerichtlichen Anordnung oder der schriftlichen Zustimmung der Eltern heiraten, die von einem speziellen Ausschuss aus drei Mitgliedern, darunter mindestens einer Frau, geprüft wird, die alle über Kenntnisse des islamischen Rechts verfügen (USDOS 23.4.2024).

Das Gesetz sieht den Schutz von Kindern vor Missbrauch vor, und Gesetze zu Vergewaltigung und Aussetzung sehen härtere Strafen vor, wenn das Opfer ein Kind ist. Das Gesetz bietet Zeugen, Opfern und Tätern unter 18 Jahren in Fällen von Missbrauch und Pädophilie Schutz. Interessenverbände geben an, dass die Polizei Fälle von Kindesmissbrauch oft ignoriert oder vermeidet (USDOS 23.4.2024).

Das Mindestalter für einvernehmlichen Sex liegt bei 15 Jahren. Das Gesetz sieht Strafen für Personen vor, die Kinder unter 18 Jahren zum Zwecke der kommerziellen sexuellen Ausbeutung vermittelt, gelockt, gezwungen oder bedroht haben, wobei höhere Strafen für Personen vorgesehen sind, die Geschlechtsverkehr mit einem Kind unter 15 Jahren gekauft haben. Die Behörden können Eltern, die die sexuelle Ausbeutung ihres Kindes zugelassen haben, bestrafen und ihnen das Sorgerecht entziehen. Das Gesetz verbietet die Herstellung, Verbreitung, Einfuhr oder Ausfuhr von Kinderpornografie. Die Durchsetzung der Gesetze gegen die kommerzielle sexuelle Ausbeutung von Kindern und Kinderpornografie durch die Regierung ist uneinheitlich. Der Handel mit Kindern zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung bleibt ein Problem. Das Land ist weiterhin ein Ziel für Kindersextourismus, und es gibt immer mehr Fälle von sexueller Ausbeutung von Kindern im Internet. Kinder aus Migrantenbevölkerungen oder ethnischen Minderheiten, LGBTQI+-Kinder, Kinder mit Behinderungen und Kinder aus armen Familien sind weiterhin besonders gefährdet. Die Polizei verhaftet Eltern, die ihre Kinder zur kommerziellen sexuellen Ausbeutung zwingen. Einwohner und ausländische Sextouristen begehen pädophile Straftaten,

darunter Kinderhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung sowie die Herstellung und Verbreitung von Kinderpornografie (USDOS.23.4.2024).

Quellen:

- Bangkok Post (30.6.2025): New rule allows citizenship for many stateless people in Thailand, <https://www.bangkokpost.com/thailand/general/3060788/new-rule-allows-citizenship-for-many-stateless-people-in-thailand>, Zugriff 26.9.2025
- FH - Freedom House (2025): Freedom in the World 2025 - Thailand, <https://freedomhouse.org/country/thailand/freedom-world/2025>, Zugriff 4.8.2025
- USDOS - U.S. Department of State (23.4.2024): 2023 Country Report on Human Rights Practices: Thailand, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2107649.html>, Zugriff 5.8.2025

17.3. Homosexuelle/Sexuelle Minderheiten

Es gibt kein Gesetz, das die Äußerung der sexuellen Orientierung oder einvernehmliche gleichgeschlechtliche sexuelle Handlungen zwischen Erwachsenen unter Strafe stellt (USDOS 23.4.2024).

Das Gesetz verbietet Diskriminierung durch staatliche und nichtstaatliche Akteure aufgrund der sexuellen Orientierung, der Geschlechtsidentität oder des Geschlechtsausdrucks oder der Geschlechtsmerkmale, auch im Bereich der Beschäftigung. Das Gesetz erkennt LGBTQI+-Personen, Paare und ihre Familien an. Das Gesetz schreibt die Gleichstellung der Geschlechter vor und verbietet Diskriminierung „aufgrund der Tatsache, dass die Person männlich oder weiblich ist oder ein anderes Aussehen hat als das Geschlecht, mit dem sie geboren wurde“. Nichtregierungsorganisationen geben jedoch an, dass das Gesetz nicht durchgesetzt wird. Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen und Nichtregierungsorganisationen berichteten, dass LGBTQI+-Personen insbesondere in ländlichen Gebieten Diskriminierung ausgesetzt sind. Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen berichtete außerdem, dass die Medien LGBTQI+-Personen auf stereotype und schädliche Weise darstellen, was zu Diskriminierung führt (USDOS 23.4.2024).

Die Interessen von LGBTQI+-Personen werden zunehmend in der nationalen Politik vertreten. Das 2023 gewählte Repräsentantenhaus umfasste vier LGBTQI+-Mitglieder. Nach jahrelangen zivilgesellschaftlichen und politischen Kampagnen für Gleichberechtigung verabschiedeten das Repräsentantenhaus und der Senat im März bzw. Juni 2024 ein neues Gesetz zur Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Ehe, wodurch der Weg für die endgültige Zustimmung durch den Monarchen im September frei wurde (FH 2025; vgl. AI 29.4.2025).

Nichtregierungsorganisationen und die Vereinten Nationen berichteten, dass Transgender-Personen in verschiedenen Bereichen diskriminiert werden, darunter bei der Wehrpflicht, in Haft und im Bildungswesen, da an den meisten Schulen und Universitäten strenge Vorschriften gelten,

nach denen die Schüler Uniformen tragen müssen, die ihrem biologischen Geschlecht entsprechen. LGBTQI+-Personen berichten von Hindernissen beim Zugang zu geschlechtsangleichender Versorgung. Der Zugang zu geschlechtsangleichenden Operationen war auf wenige vom Gesundheitsministerium zugelassene Spezialisten in Bangkok beschränkt (USDOS 23.4.2024).

Quellen:

- AI - Amnesty International (29.4.2025): The State of the World's Human Rights; Thailand 2024, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2124685.html>, Zugriff 5.8.2025
- FH - Freedom House (2025): Freedom in the World 2025 - Thailand, <https://freedomhouse.org/country/thailand/freedom-world/2025>, Zugriff 5.8.2025
- USDOS - U.S. Department of State (23.4.2024): 2023 Country Report on Human Rights Practices: Thailand, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2107649.html>, Zugriff 4.8.2025

18. Bewegungsfreiheit

Die Verfassung sieht die innerstaatliche Bewegungsfreiheit, Auslandsreisen, Auswanderung und Rückführung vor; die Regierung setzte einige Ausnahmen durch, um „die Sicherheit des Staates, die öffentliche Ordnung, das öffentliche Wohl, die Stadt- und Landesplanung oder das Wohl der Jugend zu gewährleisten“ (USDOS 23.4.2024). Thailändische Staatsbürger genießen im Allgemeinen Reisefreiheit und freie Wahl ihres Wohnsitzes. In Gebieten, die von Bürgerkriegen betroffen sind, kann die Bewegungsfreiheit jedoch eingeschränkt sein. Viele Thailänder, denen im Zusammenhang mit den pro-demokratischen Protesten von 2020–21 politisch motivierte Strafanzeigen drohen, können nicht ins Ausland reisen (FH 2025).

Freizügigkeit innerhalb des Landes: Die Regierung schränkt die Bewegungsfreiheit von Personen ein, die als staatenlos registriert sind, sowie von Angehörigen von Bergstämmen und anderen Minderheiten, die keine Staatsbürger sind, aber von der Regierung ausgestellte Ausweise besitzen. Die Behörden untersagen den Inhabern solcher Ausweise, ohne einen vom Bezirksvorsteher genehmigten Passierschein ihre Heimatprovinz zu verlassen. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafen oder einer Freiheitsstrafe von 45 bis 60 Tagen geahndet. Personen ohne Ausweis dürften überhaupt nicht reisen. Menschenrechtsorganisationen berichten, dass die Polizei an Kontrollpunkten im Landesinneren häufig Bestechungsgelder verlangt, um staatenlosen Personen die Reise von einer Provinz in eine andere zu gestatten (USDOS 23.4.2024).

Auslandsreisen: Die lokalen Behörden verlangen von ansässigen Nichtstaatsangehörigen, darunter Tausenden von Angehörigen der ethnischen Gruppe der Shan und anderer, nicht zu den Bergvölkern gehörenden Minderheiten, für Auslandsreisen die Genehmigung des Staatssekretärs des Innenministeriums (USDOS 23.4.2024).

Quellen:

- FH - Freedom House (2025): Freedom in the World 2025 - Thailand, <https://freedomhouse.org/country/thailand/freedom-world/2025>, Zugriff 4.8.2025
- USDOS - U.S. Department of State (23.4.2024): 2023 Country Report on Human Rights Practices: Thailand, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2107649.html>, Zugriff 4.8.2025

19. IDPs und Flüchtlinge

Die Regierung arbeitet im Allgemeinen mit dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR), der Internationalen Organisation für Migration und anderen humanitären Organisationen zusammen, um Flüchtlingen, Asylsuchenden, Staatenlosen und anderen schutzbedürftigen Personen, wenn auch mit vielen Einschränkungen, Schutz und Hilfe zu gewähren (USDOS 23.4.2024). Das Gesetz sieht allerdings keine Gewährung von Asyl oder Flüchtlingsstatus vor, und die Regierung verfügt über kein System zur Gewährung von Rechtsschutz für Flüchtlinge (USDOS 23.4.2024; vgl. FH 2025).

Im Land befinden sich mehr als 95.000 Flüchtlinge und Asylsuchende und Thailand gewährt ihnen im Allgemeinen Schutz vor einer Zwangsrückführung. Die Behörden gestatten Flüchtlingen und Asylsuchenden die Umsiedlung in Drittländer (USDOS 23.4.2024).

Thailand hat die UN-Flüchtlingskonvention nicht ratifiziert, Somit können Flüchtlinge als illegale Migranten inhaftiert werden und erhalten oft keinen Zugang zu Asylverfahren. Die Regierung behandelt Rohingya und andere Flüchtlinge aus Myanmar weiterhin als illegale Einwanderer. Diesen Personen wird der Zugang zu Verfahren zur Feststellung des Flüchtlingsstatus verwehrt, und sie werden entweder in Internierungslagern festgehalten oder, wenn sie mit dem Boot ankommen, zurück aufs Meer geschickt und nach Indonesien und Malaysia weitergeschickt. Bei einem Vorfall im April 2024 sollen thailändische Soldaten in der Nähe von Mae Sot mehrere hundert Flüchtlinge aus Myanmar zurückgeschickt haben, indem sie sie zwangen, den Moei-Fluss zurück nach Myanmar zu überqueren. In den Einwanderungshaftanstalten soll es zu Überbelegung, Mangel an ausreichender Nahrung und Gesundheitsversorgung sowie zu Fällen von körperlicher Misshandlung kommen (FH 2025).

Politische Flüchtlinge aus Ländern wie Kambodscha, Myanmar, China und Vietnam sind einem hohen Risiko transnationaler Repression, Entführung und Zwangsabschiebung ausgesetzt. Im Dezember 2024 wurden sechs kambodschanische politische Aktivisten aus Thailand, wo sie von den Vereinten Nationen als Flüchtlinge anerkannt worden waren, nach Kambodscha abgeschoben, wo sie wegen politischer Verbrechen vor Gericht gestellt wurden. Asylsuchende aus China, insbesondere ethnische uigurische Muslime, wurden ebenfalls aus Thailand nach China zwangsweise abgeschoben (FH 2025).

Quellen:

- FH - Freedom House (2025): Freedom in the World 2025 - Thailand, <https://freedomhouse.org/country/thailand/freedom-world/2025>, Zugriff 8.8.2025
- USDOS - U.S. Department of State (23.4.2024): 2023 Country Report on Human Rights Practices: Thailand, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2107649.html>, Zugriff 8.8.2025

20. Grundversorgung und Wirtschaft

Thailand ist wirtschaftlich eine Erfolgsgeschichte, da es sich rasch von einer von der Landwirtschaft dominierten Wirtschaft zu einer modernen, industrialisierten und exportorientierten Wirtschaft gewandelt hat. In den Boomjahren 1960–96 wuchs die thailändische Wirtschaft um durchschnittlich 7,5 % pro Jahr; nach der asiatischen Finanzkrise verlangsamte sich das Wachstum zwischen 1999 und 2005 auf 5 % pro Jahr. Das Pro-Kopf-Einkommen stieg von 740 US-Dollar im Jahr 1980 auf 7.080 US-Dollar im Jahr 2019, was mit einer entsprechenden Verbesserung des Lebensstandards einherging, während die nationale Armutsquote von 42,5 % im Jahr 2000 auf 6,3 % im Jahr 2021 sank (WKO 4.2025).

Im Jahr 2024 wird für die thailändische Wirtschaft ein Wachstum von rund 2,5 % prognostiziert. Das Wirtschaftswachstum soll sich für 2025 laut Experten noch weiter auf 3,2 % steigern. Trotz der Erholung des Tourismussektors und des positiven Wachstums des privaten Binnenkonsums beeinträchtigen Probleme wie strukturelle Schwierigkeiten und die schrumpfende Zahl der Arbeitskräfte die allgemeine Wachstumsrate. Es gibt zwar keine Anzeichen für eine Deflation, aber die prognostizierte Inflationsrate von 0,4 bis 1,6 % ist im internationalen Vergleich niedrig (WKO 29.7.2025). Die Arbeitslosigkeit der 15-64jährigen lag 2024 bei 0,7 %, die Jugendarbeitslosigkeit der 15-24jährigen bei 4,3 % (WKO 4.2025).

Thailand strebt an, bis 2050 klimaneutral zu werden und bis 2065 Netto-Null-Treibhausgasemissionen zu erreichen. Die Reduzierung der Emissionen und die Gewährleistung der Klimaresilienz erfordern jedoch erhebliche Investitionen und politische Reformen. Die makroökonomischen Kosten des Klimawandels werden voraussichtlich erheblich steigen, während Thailand auch Risiken für seine internationale Wettbewerbsfähigkeit ausgesetzt ist, wenn es keine ausreichenden Maßnahmen zur Dekarbonisierung ergreift. Frühere Katastrophen zeigen, was auf dem Spiel steht: Die Überschwemmungen von 2011 forderten zahlreiche Menschenleben und verursachten Schäden in Höhe von 46 Milliarden US-Dollar (mehr als 12 % des thailändischen BIP). Die Risiken durch Überschwemmungen, Dürren und Hitzestress nehmen mit dem Klimawandel zu. Die Reduzierung der Emissionen und die Anpassung an den Klimawandel sind daher von entscheidender Bedeutung für das weitere Wachstum und die Entwicklung Thailands sowie für seine Fähigkeit, sein Ziel zu erreichen, bis 2037 ein Land mit hohem Einkommen zu werden. Gebietsbezogene Strategien können den Übergang zu einer nachhaltigen

Stadtentwicklung, einer verbesserten Konnektivität und einer höheren Klimaresilienz vorantreiben (WB 8.2025).

Quellen:

- WB - Worldbank (8.2025): Thailand - Overview, <https://www.worldbank.org/en/country/thailand/overview>; Zugriff 11.8.2025
- WKO - Wirtschaftskammer Österreich (29.7.2025): Thailand: Wirtschaftslage, <https://www.wko.at/aussenwirtschaft/thailand-wirtschaftslage>, Zugriff 11.8.2025
- WKO - Wirtschaftskammer Österreich (4.2025): Länderprofil Thailand, <https://www.wko.at/statistik/laenderprofile/lp-thailand.pdf>, Zugriff 12.8.2025

21. Medizinische Versorgung

Die medizinische Versorgung im Lande ist insbesondere in Bangkok und auch in den großen Städten von hoher Qualität, auf dem Land entspricht sie evtl. jedoch nicht europäischem Standard (AA 29.7.2025). Im Allgemeinen ist die Gesundheitsversorgung in Thailand auf einem hohen Niveau. Es gibt jedoch das einzigartige medizinische Problem, dass die meisten Ärzte im Land Spezialisten sind. Aus diesem Grund kann es schwierig sein, einen zuverlässigen Allgemeinmediziner zu finden, der kleinere medizinische Probleme behandelt (Allianz o.D.).

Ein nationales Krankenversicherungssystem, das Universal Coverage Scheme (UCS), bietet eine kostenlose öffentliche Gesundheitsversorgung durch das Ministerium für öffentliche Gesundheit. Alle, die in Thailand beschäftigt sind, sind automatisch über das UCS versichert und der Beitrag wird von ihrem Gehalt abgezogen. Sobald sie im System eingeschrieben sind, werden Neuankömmlinge den Krankenhäusern zugewiesen, in denen sie behandelt werden.

Die Ärzte in den öffentlichen Krankenhäusern sind ausgezeichnet, aber die Wartezeiten für eine Behandlung können lang sein und die medizinische Ausrüstung ist oft veraltet. Ein weiteres Problem ist, dass die Versorgung auf bestimmte Krankenhäuser beschränkt ist, denen die Patienten zugeordnet werden (Allianz o.D.).

Die private Gesundheitsversorgung in Thailand ist ausgezeichnet und die privaten Krankenhäuser haben hochqualifiziertes Personal sowie hochentwickelte medizinische Einrichtungen. Obwohl die private Versorgung in Thailand viel teurer ist als die öffentliche, ist sie im Vergleich zu den Kosten für gleichwertige medizinische Leistungen in den USA und Westeuropa günstiger. Dies hat dazu geführt, dass sich Thailand zu einem beliebten Ziel für Medizintourismus entwickelt hat (Allianz o.D.).

Thailand verfügt über 62 von der Joint Commission International (JCI) akkreditierte Krankenhäuser, von denen 52 private Krankenhäuser sind. Thailand hat weltweit die viertgrößte

Anzahl an JCI-akkreditierten Krankenhäusern, nur hinter den Vereinigten Arabischen Emiraten, Saudi-Arabien und Brasilien (ITA o.D.).

Quellen:

- AA - Auswärtiges Amt [Deutschland] (29.7.2025): Thailand: Reise- und Sicherheitshinweise, https://www.auswaertiges-amt.de/de/service/laender/thailand-node/thailandsicherheit/201558#content_5, Zugriff 11.8.2025
- Allianz (o.D.): Das Gesundheitswesen in Thailand, <https://www.allianzcare.com/de/ressourcen/gesundheit-und-wellness/national-healthcaresystems/gesundheitswesen-in-thailand.html>, Zugriff 12.8.2025
- ITA – International Trade Administration (o.D.): Healthcare – Thailand, <https://www.trade.gov/healthcare-resource-guide-thailand>, Zugriff 12.8.2025

22. Rückkehr

Die Verfassung sieht die Freiheit der innerstaatlichen Bewegungsfreiheit, Auslandsreisen, Auswanderung und Rückführung vor; die Regierung setzt einige Ausnahmen durch, um „die Sicherheit des Staates, die öffentliche Ordnung, das öffentliche Wohl, die Stadt- und Landesplanung oder das Wohl der Jugend zu gewährleisten“ (USDOS 23.4.2024).

Quellen:

- USDOS - U.S. Department of State (23.4.2024): 2023 Country Report on Human Rights Practices: Thailand, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2107649.html>, Zugriff 11.8.2025